

Schreiber, Jörg-Robert

Whose reality counts? Eindrücke vom Weltsozialgipfel (WSSD) in Kopenhagen (06.03. bis 12.03.1995)

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 18 (1995) 2, S. 20-24



Quellenangabe/ Reference:

Schreiber, Jörg-Robert: Whose reality counts? Eindrücke vom Weltsozialgipfel (WSSD) in Kopenhagen (06.03. bis 12.03.1995) - In: ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 18 (1995) 2, S. 20-24 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-237408 - DOI: 10.25656/01:23740

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-237408>

<https://doi.org/10.25656/01:23740>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<https://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

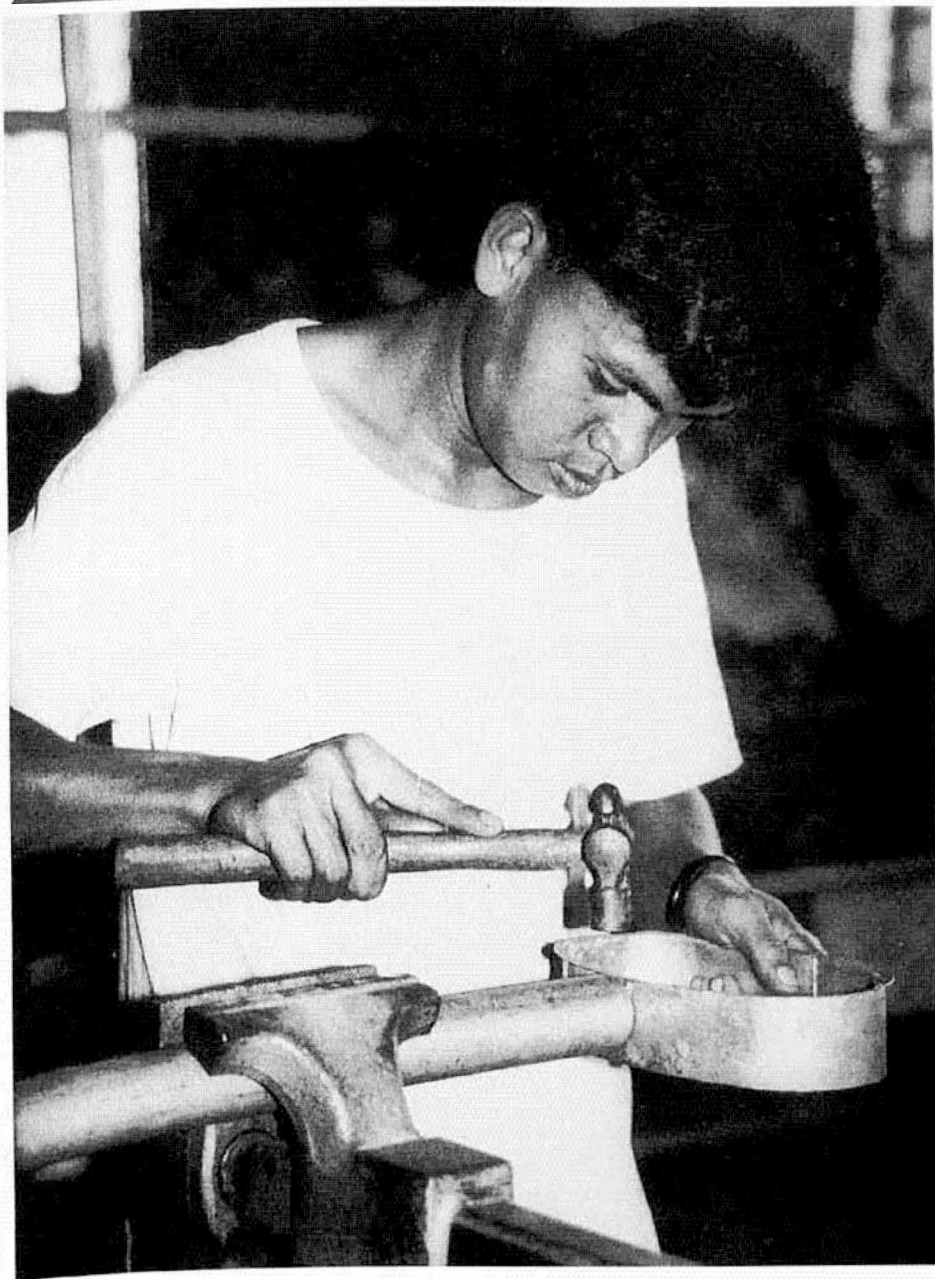
Digitalisiert

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

ZEP

18. Jahrgang Heft 2
ISSN 0175-0488 D
Preis: 9,50 DM

Mit:
Mitteilungen der
Kommission "Bildungs-
forschung mit der Dritten
Welt"



Aus dem Inhalt:

Systemberatung und Systementwicklung
Berufsbildungshilfe für den Armutsbereich
Migrantenliteratur

Berufsbildung

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

18. Jahrgang Juni **2** 1995 ISSN 0175-0488D

Inhalt:

- | | | |
|---|-----------|---|
| Wolf Dietrich Greinert | 2 | Die neue Zauberformel der Berufsbildungshilfe: Systemberatung und Systementwicklung |
| Bernd Overwien, Wolfgang Karcher | 7 | Berufsbildungshilfe für den Armutsbereich absichern und ausweiten |
| Thomas Wöhl | 10 | Migrantenliteratur. Ein Ansatz zur interkulturellen Erziehung im Deutschunterricht |
| ZEPpelin | 18 | Fremde Kulturen zu Vorzugspreisen - im KAKU Berlin |
| | 19 | Rätsel-Ecke |
| DGfE | 20 | J.R.Schreiber: Whose reality counts? Eindrücke vom Weltsozialgipfel (WSSD) in Kopenhagen (06.03. bis 12.03.1995) |
| DGfE | 24 | K.Engelhard: Bericht über das Symposium „Umwelt und Entwicklung - Eine Herausforderung für Wissenschaft, Politik und Schule“ |
| Portrait | 25 | Annette Scheunpflug: Anawim - als Minderheit auf dem Weg in die Eine Welt |
| | 29 | Rezensionen / Kurzrezensionen |
| | 36 | Unterrichtsmaterialien |
| | 39 | Informationen |

Impressum: ZEP - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 18.Jg 1995 Heft 2. **Herausgeber:** Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V. **Schriftleitung:** Alfred K. Tremel **Redaktionsanschrift:** 21521 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. **Redaktions-Geschäftsführer:** Dr. Annette Scheunpflug, Tel. 040/6541-2565 **Technische Redaktion:** Dr. Arno Schoppe, Tel.: 040/6541-2912. **Ständige Mitarbeiter:** Prof. Dr. Hans Bühler, Weingarten; Prof. Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stungen; Dr. Ulrich Klemm, Ulm; Prof. Dr. Renate Nestvogel, Essen; Prof. Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Dr. Annette Scheunpflug, Hamburg; Dr. Klaus Seitz, Nellingenheim; Barbara Toepler, Marburg; Prof. Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg. **Kolumnen:** Christian Graf-Zumsteg (Schweiz); Veronika Prusch (Österreich); Barbara Toepler (ZEPpelin). **Technische Bearbeitung/EDV:** Sigrid Görgens. **Verantwortlich i.S.d.P.:** Der geschäftsführende Herausgeber. **Abbildungen:** (Falls nicht bezeichnet) Privatfotos oder Illustrationen der Autoren. **Diese Publikation ist gefördert vom Ausschuss für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik, Stuttgart. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlorfreiem Papier gedruckt.**

Anmerkung: Generische Maskulina und Feminina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders bemerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 36,- Einzelheft DM 9,50; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlag: Verlag für Interkulturelle Kommunikation (IKO), Postfach 90 09 65, 60449 Frankfurt/Main, Tel.: 069/784808; ISSN 0175-0488 D

Betrachten Sie das Kind, das hereingewachsen ist in die Welt, mit der genügenden Unbefangenheit, so werden Sie richtig wahrnehmen: Hier in dem Kind ist noch unverbunden Seelengeist oder Geistseele mit Leibeskörper oder Körperleib. Die Aufgabe der Erziehung, im geistigen Sinn erfaßt, bedeutet das In-Einklang-Versetzen des Seelengeistes mit dem Körperleib oder dem Leibeskörper.... Nun fassen wir diese Aufgabe etwas mehr im Konkreten. Unter all diesen Beziehungen, welche der Mensch zur Außenwelt hat, ist die allerwichtigste das Atmen.... Wir können sagen: das Atmen ist der wichtigste Vermittler des die physische Welt betretenden Menschen mit der physischen Außenwelt. Aber wir müssen uns auch bewußt sein, daß dieses Atmen durchaus noch nicht so verläuft, wie es zum Unterhalt des physischen Lebens beim Menschen voll verlaufen muß... Das Kind hat noch nicht so atmen gelernt, daß das Atmen in der richtigen Weise den Nerven-Sinnesprozeß unterhält... Die wichtigsten Maßnahmen in der Erziehung werden daher liegen in der Beobachtung alles dessen, was in der richtigen Weise den Atmungsprozeß hineinorganisiert in den Nerven-Sinnesprozeß. Im höheren Sinne muß das Kind lernen, in seinen Geist dasjenige aufzunehmen, was ihm geschenkt werden kann dadurch, daß es geboren wird zum Atmen. Sie sehen, dieser Teil der Erziehung wird hinneigen zu dem Geistig-Seelischen: Dadurch, daß wir das Atmen mit dem Nerven-Sinnesprozeß harmonisieren, ziehen wir das Geistig-Seelische in das physische Leben des Kindes herein. Grob gesprochen: das Kind kann noch nicht innerlich richtig atmen, und die Erziehung wird darin bestehen müssen, richtig atmen zu lernen... So wird zunächst alle Unterrichts- und Erziehungstätigkeit auf ein recht hohes Gebiet gelenkt, auf das Lehren des richtigen Atmens und auf das Lehren des richtigen Rhythmus im Abwechseln zwischen Schlaf und Wachen."

Ja da stockt uns Menschenwesenheiten der Atem! Oder nicht oder was? Wer war der Verfasser? Einer der drei Herren war es:

1. Rudolf Steiner
2. Rudolf Steiner
3. Rudolf Steiner

Einsendungen bitte wieder bis zum übernächsten Ersten an die Redaktion erwünscht. Wertvolle Preise winken! (akt)

Wessen Realität zählt? Die der wenigen im Zentrum der Macht? Oder die der ein, zwei oder drei Milliarden Armen (je nachdem welchen Maßstab man anlegt) am Rande der Gesellschaften? Das war eine der zentralen Fragen des Gipfels, die besonders eindrucksvoll von Robert Chambers vom Institute of Development Studies der Universität Sussex eingebracht wurde. Wenn die Armen dieser Welt einen Gipfel einberufen könnten, so vermutete er, würden auf ihrer Tagesordnung nicht Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung stehen, sondern vielleicht Profitgier, Heuchelei und Ausbeutung.

Worum ging es auf dem Sozialgipfel?

Erklärtermaßen sollten auf dem ersten jemals abgehaltenen Weltgipfel für soziale Entwicklung wachsende weltweite Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung als Überlebensfrage der Menschheit auf der Tagesordnung stehen. Umgekehrt ausgedrückt, sollten Strategien und Konzepte zur Einkommenssicherung, Armutsbekämpfung und sozialen Integration weiterentwickelt und international vereinbart werden. Dabei ging es gleichzeitig um ein v.a. von dem Initiator des Gipfels, Juan Somavia vertretenes Konzept der menschlichen Sicherheit. Eine Abkehr von dem als überholt empfundenen und militärisch bestimmten Konzept nationaler Sicherheit. Extreme Not und Mangel an Sicherheit sind heute nicht mehr in erster Linie Folge wechselseitiger Bedrohung von Supermächten oder Staaten, sondern die schreckliche Folge von innerstaatlichen Zerfallerscheinungen, ethnischen Spannungen, Kriminalisierung, Marginalisierung, dem vielfältigen Prozeß von Massenverarmung und letztlich falscher oder unzureichender sozialer, wirtschaftlicher und politischer Konzepte.

Jeder Gipfel stellt - wenngleich in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen - den Abschluß eines umfangreichen und mühsamen Vorbereitungsprozesses dar. Der Sozialgipfel steht überdies in einer Reihe von 5 wichtigen Weltkonferenzen (UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992, Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien 1993, Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 und der noch im

Jörg-Robert Schreiber

Whose reality counts?

Eindrücke vom Weltsozialgipfel (WSSD) in Kopenhagen (06.03. bis 12.03.1995)

September diesen Jahres folgenden Weltfrauenkonferenz in Peking), die sich inhaltlich ergänzen und - wesentlicher noch - gegenseitig in den zentralen Punkten bestärken. Neu an dem Vorbereitungs- und Nachfolgeprozeß dieser Weltkonferenzen ist die wachsende Rolle der NRO, die zunehmend Einfluß auf die nationalen Verhandlungsdelegationen gewinnen und in vielen Fällen auch in diesen vertreten sind. Die Bundesrepublik, die neben Gastgeber Dänemark und China mit einer der größten offiziellen Delegationen anreiste, war mit 10 NROs in der 60-köpfigen Delegation vertreten. Darunter allerdings auch Vertreter der Sozialpartner, einiger politischer Stiftungen und Entwicklungsinstitute.

Wie auch bei den vorangegangenen Gipfeln, ging es um die letzte Feinarbeit und Verabschiedung von Dokumenten, in diesem Fall um die Deklaration von Kopenhagen mit 10 Selbstverpflichtungen der Regierungen und einen 100 Punkte umfassenden Aktionsplan. 90% dieser Dokumente, so hieß es, sei bereits vor Kopenhagen in 3 Precomp Meetings mühevoll, aber dann doch einvernehmlich, fertiggestellt worden. In Kopenhagen selbst ging es „nur“ noch um einzelne Adjektive, manchmal aber auch um eine Serie alternativer Vorschläge, die über hinreichend Konfliktstoff nicht hinwegtäuschen konnten. Fernseh-, Radio- und Pressekommentatoren sprechen von windelweichen Formulierungen, unverbindlichen Erklärungen, Gipfelrhetorik, die dem politischen Alltag wieder nicht gerecht würde. Stimmt das?

Was steht in den Dokumenten?

a) Deklaration: In den 12 Punkten der einleitenden Absichtserklärung wird herausgehoben,

- daß zum ersten Mal in der Geschichte sozialer Entwicklung und menschlichem Wohlergehen höchste Priorität eingeräumt werden

- daß Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung alle Länder betreffen und daß ihnen sowohl in ihren strukturellen Ursachen als auch in ihren Auswirkungen begegnet werden muß

- daß Demokratie und transparente sowie rechenschaftspflichtige Amtsausübungen in allen Teilen der Gesellschaft unerlässlich sind

- daß soziale Entwicklung nicht ohne Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten möglich ist

- daß breit verankertes, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum für den Erhalt von sozialer Entwicklung und sozialem Frieden notwendig ist

- daß die produktivste Wirtschaftspolitik darin liegt, Menschen Handlungsmöglichkeiten zu schaffen (to empower people)

- daß die Gleichstellung von Mann und Frau im Mittelpunkt wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung stehen muß

- daß die Menschen im Mittelpunkt stehen und einen Anspruch auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit ihrer Umwelt haben

- daß die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen bekräftigt werden, ebenso wie die Übereinkommen vorangegangener Konferenzen (World Summit for Children, New York 1990; UN Conference on Environment and Development, Rio 1992; World Conference on Human Rights, Vienna, 1993; Global Conference on the Sustained Development of Small Island Development States, Bridgetown, 1994; International Conference on Population and Development, Kairo, 1994;)

- daß die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und Völkern im Geiste der Partnerschaft, welche die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt rückt, erfolgen soll.

In einem 1. Abschnitt werden dann die derzeitige soziale Lage und einige Ursachen als Anlaß für die Einberufung des Gipfels beschrieben. Die himmelschreienden Gegensätze zwischen wachsendem Wohlstand und unbeschreiblicher Armut dürfen nicht hingenommen werden und sind dringend veränderungsbedürftig. Die Globalisierung des Lebens durch Wirtschaft und Kommunikation stellt eine neue Herausforderung dar; sie hat zu einer neuen Dimension von Problemen geführt, aber auch zu neuen Möglichkeiten. Es ist trotz

einiger Fortschritte (u.a. in der Lebenserwartung, der Dekolonisierung, der Entwicklung demokratischer Institutionen) zu einer Ausweitung der Armut in all ihren Formen und wachsenden Disparitäten gekommen.

Bei den Ursachen werden in sehr deutlich als Hauptgründe für die Verschlechterung der globalen Umweltbedingungen die nicht nachhaltigen Produktionsstrukturen und Konsumverhaltensmuster v.a. in den Industrieländern genannt. Auch wird deutlich hervorgehoben, daß zunehmend mehr Frauen als Männer in absoluter Armut leben, und daß Frauen und Kinder unverhältnismäßig stark unter den Folgen von Armut, Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung, Umweltzerstörung und Krieg leiden. Hunger, Unterernährung, unerlaubter Drogenhandel, organisiertes Verbrechen, Korruption, bewaffnete Konflikte, verbotener Waffenhandel, Terrorismus, Intoleranz, Rassenhaß, Unterdrückung religiöser und ethnischer Gruppen, Fremdenhaß und ansteckende Krankheiten müssen in enger Zusammenarbeit in ihren zugrundeliegenden, weltweiten Ursachen bekämpft werden. Der Hinweis auf die negativen Auswirkungen von Waffenhandel und exzessiven Rüstungsausgaben ist wenigstens vorhanden. Höchste Priorität wird der Hilfe für Afrika und den Least Development Countries eingeräumt und im Gesundheitsbereich der Prävention und Kontrolle von Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria, HIV/AIDS. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen sei eine Kultur der Kooperation und Partnerschaft nötig.

Im Abschnitt zu Prinzipien und Ziele, geht es um eine umfassende Auflistung universeller Werte (Politik auf der Grundlage der Achtung der menschlichen Würde, der Menschenrechte, von Gleichheit, Frieden und Demokratie etc.), die dann im weiteren noch genauer ausgeführt werden. Interessant ist der Hinweis auf die notwendige Integration von Politikbereichen und von öffentlicher und privater Sphäre; wichtig der Grundsatz, eine gerechte Einkommensverteilung sowie den Ressourcenzugang durch Chancengleichheit für alle zu fördern. Außerdem wird auf die Familie (in ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausprägung) als bedeutendste soziale Struktur mit Nachdruck hingewiesen, ebenso wie auf die besonderen Bedürfnisse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen

(Frauen, Kinder, Alte, Behinderte) und den Partizipations-Grundsatz: „Empowerment requires the full participation of people.“.

Dann folgen die 10 Selbstverpflichtungen:

1. Schaffung einer wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Umwelt, die Menschen eine soziale Entwicklung ermöglicht (eine Aufzählung bereits als allgemein gültig verstandener nationaler und internationaler Pflichten. Bemerkenswert vielleicht die Verpflichtung durch Dezentralisation und offenes Management öffentlicher Institutionen sowie durch Stärkung der Fähigkeiten und Verbesserung der Möglichkeiten der zivilen Gesellschaft und Kommunen deren eigene Organisationen, Ressourcen und Aktivitäten zu entwickeln).

2. Beseitigung von Armut in der Welt durch einschneidende nationale Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit. (Dieses Ziel soll „in partnership with all actors of civil society“ und in einem „integrated approach“ erreicht werden. Möglichst bis 1996 (Internationales Jahr der Armutsbekämpfung) sollen alle Regierungen ein nationales Konzept der Armutsbekämpfung vorlegen, das Strategien zur Beseitigung von Armut und Ungleichheit aufzeigt und sich auf ein Zieldatum festlegt, bis zu dem absolute Armut beseitigt sein soll. Auf der internationalen Ebene sollen die multilateralen Entwicklungsbanken „ermutigt“ werden, sich an der Erreichung der Ziele (people-centred sustained development) zu beteiligen.)

3. Verpflichtung auf das Ziel der Vollbeschäftigung und Ermöglichung eines sicheren und dauerhaften Lebensunterhalts durch frei gewählte produktive Beschäftigung und Arbeit für alle Männer und Frauen. (Eine Aufzählung bekannter Grundsätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die letztendlich an wirtschaftliches Wachstum gebunden werden. Die Erforschung innovativer Ansätze wird zugesagt; fortschrittlich im aufgeführten Katalog erscheint nur die Verpflichtung, verbesserten Zugang zu Land, Kredit, Information etc. für Klein- und Mikrounternehmen sowie für den informellen Sektor zu ermöglichen. Überhaupt fällt eine Aufwertung des informellen Sektors auf. Die von vielen EL befürchteten Sozialstandards haben über eine Anerkennung der ILO-Konven-

tionen (die allerdings von vielen nicht ratifiziert wurden) Eingang gefunden).

4. Förderung der sozialen Integration durch Stärkung der Menschenrechte, Bekämpfung von Diskriminierung, durch Toleranz, Achtung der Vielfalt, Solidarität, Sicherheit und Partizipation aller Menschen. (Erziehungseinrichtungen, Medien, Kommunen, NROs wird in diesem Feld der sozialen Integration eine besondere Aufgabe zugesprochen. Abgesehen von allgemeinen, eigentlich selbstverständlichen, Verpflichtungen (z.B. den Dialog zwischen den Generationen zu fördern) ragt nur die Anerkennung der Rechte indigener Völker „to maintain and develop their identity“ hervor).

5. Verpflichtung zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen und zur Anerkennung und Förderung von Frauen in Führungsrollen. (Die vergleichsweise fortschrittliche und verbindliche Auflistung aller wesentlichen Forderungen der internationalen Frauenbewegung spiegelt die wirkungsvolle Arbeit zahlreicher Frauengruppen auf und im Vorfeld der Konferenz: Gender balance, Gleichstellung in Entscheidungsprozessen, Anspruch auf Bildung, Besitz und Freizügigkeit in wirtschaftlichen Aktivitäten, Gleichstellung von Mann und Frau in der Familie und bei der Erziehung von Kindern, Anspruch auf gesetzlichen Arbeitsschutz, Zugang zu Kindergärten und reproduktiver Gesundheitsfürsorge etc. Auf internationaler Ebene soll bis zum Jahr 2000 die uneingeschränkte Ratifizierung aller relevanter Konventionen angestrebt werden. Selbst um eine Darstellung des Beitrags von unbezahlter Frauenarbeit zum nationalen Volkseinkommen wollen sich die Regierungen bemühen. In Kopenhagen bestätigte die internationale Frauenbewegung ihre Durchschlagskraft, die sie bereits in Kairo bewiesen hatte, indem sie z.B. eine Bevölkerungspolitik durchsetzte, die nicht länger auf Zwang baut, sondern auf Chancengleichheit, Selbstbestimmung, reproduktiver Gesundheitsfürsorge und Erziehung.)

6. Verpflichtung zum Aufbau eines umfassenden, für alle zugänglichen Erziehungs- und Gesundheitssystems. (Diese Selbstverpflichtung entstand erst in Kopenhagen und wurde neu eingefügt. Sie berücksichtigt v.a. die Rolle der unterschiedlichen Kulturen in der Erziehung. Die Re-

gierungen sagen zu, termingebundene nationale Konzepte zur Beseitigung des Analphabetismus und zur Einführung einer allgemeinen Grundbildung (unter Einbeziehung der non-formal education) vorzulegen bzw. weiterzuentwickeln. Bildung, v.a. von Mädchen und Frauen, erhält dabei einen hohen Stellenwert für die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Armut und die Mobilisierung von Fähigkeiten. Bekannte Zielsetzungen früherer internationaler Konferenzen, Programme und Konventionen werden aufgegriffen (role of parents, closing of the gender gap, integrated settings for people with disabilities, specific needs of indigenous people, education and vocational training as vital elements in job creation, promoting environmental awareness etc.) - auch schnellere Aufnahme und kreative Nutzung von Wissen aus allen Teilen der Welt. Auch die notwendige Partnerschaft zwischen Regierung und allen Teilen der Gesellschaft (NRO, Kommunen, private Institutionen, Religionen, Familie) wird in diesem Bereich deutlich hervorgehoben. Ähnliches gilt für den Gesundheitssektor. Dort sollen die nationalen Programme für eine allgemeine medizinische Grundversorgung, für Trinkwasserversorgung, sanitäre Anlagen etc. weiterentwickelt werden. Auf früheren Konferenzen gesteckte Ziele, z.B. zur Senkung der Sterblichkeit von Müttern und Kindern, werden bestärkt. Im Zusammenhang mit HIV/AIDS wird u.a. eine wirkungsvolle Pflege der Infizierten und eine Beseitigung jeder Form von Diskriminierung oder Isolierung zugesagt. Im internationalen Teil der Selbstverpflichtung werden (nicht ohne Grund) als erstes - wenn auch zaghaft - die internationalen Finanzinstitute in die Pflicht genommen. International will man auch das wachsende Problem des Frauenhandels, der Kinderprostitution, Beschneidung von Mädchen und Frauen und der Kinderheirat angehen.)

7. Verpflichtung, die Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und menschlicher Ressourcen in Afrika und den am wenigsten entwickelten Ländern zu beschleunigen.

Strukturelle Anpassungsprogramme sollen soziale Entwicklungsziele einbeziehen und der menschlichen Ressourcenentwicklung Vorrang einräumen. Lösungen zur Schuldenproblematik sollen gefunden werden. Mehr als der bereits Ende 1994 im Pariser Club beschlossene 67%ige Erlass bilateralen öffentlicher Schulden wird allerdings nicht angeboten. Die internationalen Finanzinstitute sollen „eingeladen“ werden „to examine innovative approaches to assist low-income countries ... to alleviating their debt burden“. Neu ist die Absicht einer Schuldenumwandlung in Sozialprogramme. So etwas gab es bisher nur im Umweltbereich (debt for nature swap). ODA-Hilfe soll für diese Länder absolut und v.a. für Sozialprogramme erhöht werden. (Da eher eine Senkung der Entwicklungshilfe anzunehmen ist, muß es sich um Verlagerungen oder Umschichtungen handeln). Neben den Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS wird die Absicht, die UN Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation zu ratifizieren, besonders genannt).

8. Zusage, daß bei der Vereinbarung von strukturellen Anpassungsprogrammen soziale Entwicklungsziele einbezogen werden. (Diese Verpflichtung ist die Reaktion auf die massive Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank und die negativen Folgen der Globalisierung der Märkte. Diese Anpassungsprogramme sollen revidiert und stärker auf soziale Bedürfnisse und das Ziel der „human resource development“ ausgerichtet werden. Grundlegende Sozialprogramme sollen verbessert und vor Budgetkürzungen geschützt werden.)

9. Verpflichtung, die Mittel für soziale Entwicklung zu erhöhen und effizienter zu nutzen. (Diese Verpflichtung trägt deutlich die neoliberale Handschrift der Industrienationen („in recognition of the fact that broadly based growth in incomes, employment and trade are mutually reinforcing“) und wird Hauptanlaß zur Enttäuschung von EL und NROs sein: Das Ziel soll auf nationaler Ebene durch sparsame Haushalte, durch Anzie-



hung ausländischer Investitionen, durch „innovative sources of funding“, durch zuverlässige Statistik und Indikatoren, durch ein gerechtes und effektives Steuersystem, durch transparente, kontrollierte Haushalte, durch Verringerung der Rüstungsausgaben, durch Umsetzung der Schlußakte der Uruguay Runde zur Liberalisierung des Welthandels etc. erreicht werden. Zusagen der Geberländer über bestehende Vereinbarung hinaus gibt es nicht. Das bereits 1961 vereinbarte 0,7% Ziel der ODA wird stereotyp wiederholt (als soon as possible). Im Bereich Entschuldung nichts, das über die Vereinbarungen des Pariser Clubs 1994 hinausgeht..

10. Verpflichtung zur Verbesserung und Stärkung der internationalen, regionalen und subregionalen Zusammenarbeit für soziale Entwicklung. Auf nationaler Ebene soll die Umsetzung der Verpflichtungen unter breiter Teilnahme aller Sektoren der zivilen Gesellschaft erfolgen und überwacht werden. Auf regionaler Ebene werden zur Überprüfung zweijährliche Treffen auf hoher politischer Ebene vorgeschlagen. Auf der internationalen Ebene sollen die Bretton Woods Institutionen durch deutlichere Verpflichtung der nationalen Vertretungen auf die Ziele des Gipfels und durch einen regelmäßigen Dialog mit den Vereinten Nationen stärker eingebunden werden. Hinter der Formulierung, daß die Regierungen von einseitigen Maßnahmen Abstand nehmen sollten „that creates obstacles to trade relations among States“, steht der massive Vorstoß Kubas gegen die amerikanischen Handelssanktionen. Innerhalb der UN soll der follow-up Prozeß durch den ECOSOC auf der Grundlage nationaler „Armutsberichte“ koordiniert werden. Er soll der Vollversammlung darüber Bericht abstaten. Diese wird dann auf einer Sondersitzung im Jahr 2000 die Einhaltung der Ziele des Sozialgipfel überprüfen und weitere Maßnahmen beschließen.)

Aktionsprogramm

Das sehr umfangreiche (100 Punkte und noch mehr Unterpunkte) Aktionsprogramm steht in engem Zusammenhang mit der Deklaration. Es umfaßt 5 Kapitel: 1. Eine die soziale Entwicklung fördernde Umwelt (an enabling environment); 2. Beseitigung von Armut; 3. Ausweitung produktiver Beschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit; 4. Soziale Integrati-

on; 5. Umsetzung und Folgemaßnahmen.

Alle Kapitel sind unterteilt in: a) Grundlagen und Ziele und b) Maßnahmen.

Bestandsaufnahme

Viele der großen und kleinen Organisationen, Wissenschaftler und UN-Behörden haben den Sozialgipfel auch zur Bestandsaufnahme genutzt und Bilanz gezogen. Sie ist in fast allen Fällen erschütternd, obwohl Zahlen und Schaubilder immer eine distanzierte Darstellung menschlicher Zustände bleiben. Man konnte ja nicht vor Ort gehen, und Statistiken bluten eben nicht. Einige Beispiele:

- Pocken wurden weitgehend ausgerottet, Polio sehr stark zurückgedrängt.

- Innerhalb von nur einer Generation stieg der Zugang ländlicher Familien zu sauberem Wasser von 10 auf 60 %, der Besuch von Kindern in Grundschulen von unter 50 % auf über 75 %.

- Malaria und Tuberkulose sind weltweit auf dem Vormarsch.

- Nahezu 1 Mrd. Menschen bleiben Analphabeten.

- Etwa 30 % der Grundschulkinder verlassen diese Schulstufe vorzeitig (drop-out rate).

- 100 Mio. Menschen leben auf der Flucht und in Lagern.

- Im Jahr 2000 (dem Zieljahr des Programms „Gesundheit für alle“) wird es etwa 8 Mio. Sterbefälle geben, die mit AIDS im Zusammenhang stehen.

- Schlimmer noch als die Genozide im früheren Jugoslawien, in Angola und Ruanda werden die in der Regel ungeklärten und verheimlichten Gewaltverbrechen an Frauen und Mädchen bewertet. Weltweit, mit einem Schwerpunkt in Süd-Asien, werden 110 Mio. Mädchen und Frauen „vermißt“.

- Obwohl die Notwendigkeit umfassender Hilfsmaßnahmen überall anerkannt wird, und in den IL weniger Gelder für Rüstungszwecke ausgegeben werden, wird eine Friedensdividende nicht sichtbar und die Entwicklungshilfe geht überall zurück (aid fatigue).

- Nach Angaben der ILO sind weltweit 820 Mio. Menschen arbeitslos; 30 % beträgt die Arbeitslosenquote in den EL, 12 % in den IL (über die relative Sinnlosigkeit dieser Angaben wurde viel gesagt).

- Die Schulden der EL sind mit derzeit 1,4 Billionen \$ doppelt so hoch wie vor

10 Jahren.

- Am Beispiel Mexiko wird deutlich, daß die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank nicht nur zur gesellschaftlichen Polarisierung beigetragen haben, sondern auch ein ökonomischer Fehlschlag waren (10 Jahre lang kein Wirtschaftswachstum).

- Nach Angaben von ILO wird von etwa 200 Mio. Kindern unter 15 Jahren z.T. sehr harte und gefährliche Arbeit (Zündholzfabriken, Gerbereien) verlangt, bis Ende der 90er wird die Zahl auf 375 Mio. steigen. Nach Angaben von tdh müssen in Deutschland 600.000 Kinder Kinderarbeit leisten. (Tdh und andere Organisationen in diesem Feld wenden sich nicht gegen die traditionell von Kindern im sozialen Verband der Familie geleistete Arbeit.)

- 34 Mrd. \$ würden gemäß UNICEF jährlich für die Durchführung von Basisprogrammen (Gesundheit und Ernährung, Grundausbildung, Trinkwasser und sanitäre Anlagen, Familienplanung) benötigt werden. Das ist weniger als weltweit fürs Golfspielen ausgegeben wird und weniger als 1/10 des globalen Zigarettenkonsums.

- Mehrjährige Untersuchungen haben ergeben, daß nur 75 % der EH für Bangladesch in Bangladesch ausgegeben wurden

Manches sah eher nach Polarisierung als Dialog aus: Wenn der Norden sich erstarrt gab in der Entschuldungsfrage, der termingebundenen Einlösung des 0,7 % Versprechens oder der Verweigerung eines Fonds für soziale Entwicklung, auf der Wichtigkeit einer Liberalisierung der Märkte bestand, ein wirkungsvolles nationales Steuersystem forderte und mehr von einer effizienteren Verwendung finanzieller Mittel als von deren Erhöhung sprach, und wenn die Regierungen der Entwicklungsländer hinter fast jeder internationalen Vereinbarung einen Eingriff in ihre Souveränität befürchten und gar nicht so selten politische Stabilität auf Kosten individueller Menschenrechte bevorzugen.

Vieles spielt sich dabei in subtilen Sprachunterschieden ab. Viele EL sprechen immer wieder von non-interference, womit die Diplomaten der IL ihre Bauchschmerzen haben, da dieser Begriff auch die Menschenrechte einbezieht. Die UNO-Charta kennt eigentlich nur das Prinzip der non-intervention.

Die Bundesrepublik wäre bereit, innerhalb des Pariser Clubs (für die öffentlichen

bilateralen Schulden zuständig, Londoner Club für die kommerziellen Schulden) den 27 Least Developed Countries nicht nur 2/3 (= 28 Mrd. \$, wie 1994 beschlossen) sondern 80 % der Schulden zu erlassen. Kann sich damit aber nicht durchsetzen (warum setzt man nicht ein Beispiel?). Keine erkennbare Bewegung gibt es bisher bei den internationalen Finanzinstituten in der Entschuldungsfrage. Innerhalb von IWF und Weltbank gilt die BRD - mit dem zweit- bzw. drittstärksten Stimmanteil - als Hardliner. Für die low-income Staaten Afrikas sind im Aktionsplan weitere bilaterale Entschuldungsmaßnahmen vorgesehen, der Spielraum für die BRD ist dabei sehr klein. Die Entschuldungsmaßnahmen dürfen auch nicht auf die LDC beschränkt bleiben. Wenn man die Export-Schulden-Relation als Maßstab anlegt und wie die Weltbank von einer Toleranzgrenze ausgeht, die bei einer Gesamtverschuldung von maximal der doppelten Höhe der jährlichen Exporte liegt, so müßten weit mehr als die 27 ärmsten Länder entschuldet werden. Im Durchschnitt der EL gehen 20 % der Exporterlöse an die

Gläubiger. Die Weltbank hält bereits 15 % für problematisch. Einige der afrikanischen Länder müßten das Mehrfache ihrer Exporterlöse zur Schuldentilgung verwenden. Der Sudan müßte nach derzeitigem Stand 30 Jahre lang seine Exporterlöse an Gläubiger abführen. Der Pariser Club handelte bisher immer zu spät und zu wirkungslos. Nach den World Credit Tables von Eurodad (Netzwerk europ. NRO) hatte die Bundesregierung 1993 Forderungen gegenüber der Dritten Welt in Höhe von 126 Mrd. - incl. Hermesverbürgter Privatkredite.

Den Industrieländern geht es um eine Verbesserung des Investitionsklimas. Sie verweisen darauf, daß die Ströme an Privatkapital in die EL die Ausgaben der Regierungen für Entwicklungshilfe längst übertreffen. 1994 waren die privaten Investitionen mit 172 Mrd. etwa dreimal so hoch wie die öffentlichen Finanzhilfen (55,4 Mrd. \$). Nicht gesagt wird dabei, daß der Schuldendienst der EL im gleichen Jahr 199 Mrd. \$ betrug und daß die hohen Neuinvestitionen nur in eine sehr begrenzte Zahl sog. Emerging markets ging, in je-

dem Fall an Afrika und den ärmsten Ländern vorbei.

Um die Selbstverpflichtung zur Achtung der ILO-Konventionen (Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Tariffreiheit etc.) hat es zähen Widerstand von Ländern wie Indien und Indonesien gegeben, die einen Übergang von Sozialstandards zu Sozialklauseln befürchten, die ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beschränken würden. Hier fehlt das Vertrauen, daß die IL das meinen, was sie sagen.

Zwischen diesen beiden Lagern mit strategisch wechselnder Besetzung meldete sich die Zivilgesellschaft unüberhörbar zu Wort mit der Forderung, den Mensch und seine Grundbedürfnisse, v.a. aber seine kreativen Möglichkeiten (wenn man ihn denn läßt und ihm - und vor allem ihr - eine Chance gibt) in den Mittelpunkt und an den Anfang aller Entwicklungsstrategien zu stellen. Was von den NRO immer wieder beklagt wurde, ist das völlige Fehlen einer Beschwerdeinstanz. Allerdings werden die beschlossenen „Armutsberichte“ an den ECOSOC Ansätze zur Thematisierung von Problemen bieten.

Bericht über das Symposium

„Umwelt und Entwicklung - Eine Herausforderung für Wissenschaft, Politik und Schule“

des Hochschulverbandes für Geographie und ihre Didaktik (HGD) vom 09. - 11.02.1995 in Münster.

Seit Ende des Ost-West Konflikts rücken mehr und mehr globale Probleme in den Mittelpunkt, nicht nur in der internationalen und nationalen Politik, sondern auch in der öffentlichen Diskussion; sie pausen sich durch bis in das lokale Geschehen in den Kommunen und wirken bis in die Familien hinein: Umweltprobleme, das explosive Wachstum der Weltbevölkerung, Wohlstandswachstum bei gleichzeitiger Ausweitung der Armut, Gefährdung des Friedens durch erwachenden Nationalismus, Regionalismus und Fundamentalismus, Flüchtlinge usw.

Das durch Wohlstandsvermehrung im Norden und armutsbedingtes Bevölkerungswachstum im Süden verursachte Wirtschaftswachstum ist an die Grenzen der Belastungsfähigkeit des globalen Ökosystems gestoßen. Wirtschaftliches Wachstum unter derzeitigen Rahmenbedingungen führt in eine ökologische Falle und damit auch in eine globale

Entwicklungsfalle. Wie soll es angesichts ungebremsster Wachstumserwartungen im Wohlstands-Norden und nachahmender Entwicklung im Süden weitergehen? Wie kann Kindern und Jugendlichen, z.T. unmittelbar von der globalen Umwelt- und Entwicklungskrise betroffen, diese komplexe Thematik verständlich gemacht und ihnen eine Zukunftsperspektive vermittelt werden? Was muß sich in Schule und Hochschule ändern? Mit diesen und weiteren Fragen hat sich das von über 100 Teilnehmern (Lehrer, Hochschullehrer, Mitglieder von Nichtregierungsorgani-

sationen und umwelt- und entwicklungs-politischen Aktionsgruppen) besuchte Symposium befaßt.

Die hochgradige Komplexität der Umwelt- und Entwicklungsproblematik und ihre staaten-, kulturen- und völkerübergreifende Dimension erforderte ein interdisziplinäres Angehen. In Vorträgen von Vertretern der Fachgebiete Didaktik der Naturwissenschaften (Eulefeld, IPN Kiel), Christliche Sozialwissenschaften/Ethik (Furger, Uni Münster), Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik (Krol, Uni Münster), Didaktik der Biologie (Hellberg-Rode, Uni Münster), Politikwissenschaft/Entwicklungspolitik (Nuscheler, Uni Duisburg; Schmidt-Wulffen, Uni Hannover) und Didaktik der Geographie (Engelhard, Otto, Uni Münster; Kroß, Uni Bochum) und des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Herrn K.-J. Hedrich (öffentlicher Abendvortrag) wurde die Thematik aus unterschiedlicher Perspektive analysiert. Übereinstimmung bestand darin, daß die UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung mit ihrem Konzept des „Sustainable Development“, d.h.